

Antrag

der Abgeordneten Dr. Pinger, Hedrich, Feilcke, Frau Fischer, Höffkes, Niegel, Graf Huyn, Dr. Kronenberg, Dr. Kunz (Weiden), Frau Männle, Dr. Pohlmeier, Seesing, Frau Rönsch (Wiesbaden), Schreiber, Graf von Waldburg-Zeil, Frau Augustin, Schemken, Rossmann, Lowack und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hoppe, Frau Folz-Steinacker, Frau Walz, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Timm, Bredehorn, Dr. Feldmann, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Hoyer, Irmer, Kohn, Dr.-Ing. Laermann, Nolting, Ronneburger, Zywietz und der Fraktion der FDP

Entwicklungspolitischer Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Wiederaufbau in Nicaragua

Am 25. Februar 1990 hat sich die Bevölkerung Nicaraguas in den ersten einwandfreien Wahlen für eine demokratische und rechtsstaatliche Regierung entschieden. Damit hat das unter dem sandinistischen System von Bürgerkrieg und Mißwirtschaft betroffene Land nun endlich die Aussicht auf eine bessere freiere Zukunft. Zugleich wird der Antritt einer neuen, auf nationale Versöhnung und wirtschaftlichen Aufbau zielenden Regierung dem Friedensprozeß in der gesamten Region, wie ihn das Abkommen von Esquipulas enthält, neuen Auftrieb geben. Die schwerwiegenden Probleme Nicaraguas können nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung gelöst werden: Es bedarf nun verstärkter Bemühungen aller nicaraguanischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, wie auch der Hilfe von außen, sowohl durch die lateinamerikanischen Staaten als auch durch die Industrieländer, insbesondere die USA und die EG-Staaten.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß zehn Jahre andauernden wirtschaftlichen Niedergangs, der Militarisierung und des sozialen wie militärischen Konflikts Nicaragua wirtschaftlich ruiniert, Zwietracht unter der Bevölkerung gesät und zahlreiche Nicaraguaner ins Exil getrieben haben. Um diese Wunden zu heilen, bedarf es einer am Gemeinwohl des leidgeprüften nicaraguanischen Volkes orientierten Politik gemeinsamen Wiederaufbaus.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt,
 - 2.1 daß der noch amtierende Präsident Daniel Ortega und die als Präsidentin gewählte Violeta Barrios de Chamorro sich zu einer Geste der Versöhnung zusammengefunden haben;
 - 2.2 daß die gewählte Präsidentin der Aussöhnung des nicaraguanischen Volkes Vorrang einräumt, daß sie eine Generalamnestie angekündigt hat und daß sie die Demobilisierung des nicaraguanischen Widerstands betreibt; gleichermaßen zu begrüßen ist ihre Absicht, die nicaraguanischen Streitkräfte und den aufgeblähten Staatsapparat beträchtlich zu reduzieren;
 - 2.3 daß die kubanische Regierung die Einstellung der Militärlieferungen an Nicaragua angekündigt hat und daß Venezuela die unterbrochenen Öllieferungen wieder aufnehmen will;
 - 2.4 daß die USA die wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Nicaragua wieder aufgehoben haben und daß Präsident Bush im Kongreß die Bewilligung umfangreicher Wirtschaftshilfe in Höhe von 300 Millionen Dollar beantragt hat.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt ferner,
 - 3.1 daß die Bundesregierung unverzüglich noch vorhandene zugesagte Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von 51 Mio. DM freigeben will;
 - 3.2 daß die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten in der Erklärung der Zwölf von Dublin am 27. Februar 1990 ihr Bekenntnis zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Staaten Zentralamerikas bekräftigt haben.
4. Um den Versöhnungsprozeß, die wirtschaftliche und soziale Erholung und die Verankerung der Demokratie in Nicaragua zu sichern, fordert der Deutsche Bundestag,
 - 4.1 von der noch amtierenden sandinistischen Regierung, alle zur Zeit kurzfristig geplanten Gesetzesinitiativen zu unterlassen, die vor dem 25. April 1990 eine Festschreibung von Verhältnissen bezwecken, die die Bemühungen der neuen Regierung um wirtschaftliche Gesundung des Landes erschweren würden;
 - 4.2 vom nicaraguanischen bewaffneten Widerstand die Bereitschaft zur schnellen Demobilisierung und zur friedlichen Wiedereingliederung in die Gesellschaft;
 - 4.3 von allen politisch relevanten Kräften Nicaraguas, daß sie die Überführung der Streitkräfte und Sicherheitsdienste von Parteiorganisationen in staatliche Organe unter der Weisungsbefugnis der neuen Regierung unterstützen;
 - 4.4 von allen zu demobilisierenden bewaffneten Kräften, daß sie ihre Waffen nicht nur niederlegen, sondern verschrotten, insbesondere daß sie sie nicht in den internationalen Waffenhandel einschleusen oder sie heimlich eigenen militanten Anhängern zur Verfügung stellen;

- 4.5 von der Bundesregierung, daß sie umgehend Schuldenerleichterungen für Nicaragua in Erwägung zieht, damit die wirtschaftliche Gesundung zügig eingeleitet werden und sich privatwirtschaftliche Selbsthilfe entfalten kann;
- 4.6 außerdem von der Bundesregierung, daß sie die Bereiche Umwelterhaltung, Reintegration von Exil-Nicaraguanern, berufliche Aus- und Fortbildung, Grundbildung sowie handwerklicher, kleinindustrieller sowie kleinbäuerlicher Existenzgründung besonders fördert.

Bonn, den 19. April 1990

Dr. Pinger
Hedrich
Feilcke
Frau Fischer
Höffkes
Niegel
Graf Huyn
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Frau Männle
Dr. Pohlmeier
Seesing
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Schreiber
Graf von Waldburg-Zeil
Frau Augustin
Schemken
Rossmann
Lowack
Dr. Blank
Börnsen (Bönstrup)
Breuer
Carstensen (Nordstrand)
Fischer (Hamburg)
Gerster (Mainz)
Frau Dr. Hellwig
Dr. Hüsch
Dr. Kappes
Frau Limbach
Maaß
Müller (Wadern)
Niegel

Reddemann
Sauer (Stuttgart)
Scharrenbroich
Schmidbauer
Frau Schmidt (Spiesen)
von Schmude
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulze (Berlin)
Dr. Stercken
Susset
Frau Verhülsdonk
Frau Dr. Wiesniewski
Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Hoppe
Frau Folz-Steinacker
Frau Walz
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Timm
Breddehorn
Dr. Feldmann
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Hoyer
Irmer
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Nolting
Ronneburger
Zywietz
Mischnick und Fraktion

